

Berlin, 18.04.2019

**Deutscher Bahnkundenverband  
WPSEU 051/2019**

## FRAGEN ZUM GRENZÜBERSCHREITENDEN VERKEHR

**Frage 1:**

**Sehen Sie in den sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen für die einzelnen Verkehrsträger Fernbus, Eisenbahn, Flugzeug ein Problem?  
Wenn ja, durch welche Maßnahmen wollen Sie eine Angleichung erreichen?  
Wenn nein, welche Vorteile sehen Sie in der Ungleichbehandlung?**

**Antwort:**

Die Unterschiedlichen Rahmenbedingungen sind in der Tat ein Problem. Wir müssen darüber in der nächsten Legislaturperiode intensiv diskutieren, welche Maßnahme zu treffen sind. Alles muss auf den Prüfstand.

**Frage 2:**

**Halten Sie vor dem Hintergrund des Ausstoßes von klimaschädlichen Emissionen eine Stärkung des umweltfreundlicheren Schienenverkehrs im grenzüberschreitenden Verkehr für sinnvoll?**

**Antwort:**

Ja, die Schienenwege müssen überall in der EU verbessert werden. Zudem ist der Bau von zusätzlichen grenzüberschreitenden Trassen notwendig, damit Europa auch auf der Schiene weiter zusammenwachsen kann. Das gilt auch für strategische Investitionen in die Zwischenverbindungen (sogen. Bypass-Verbindungen), um Hauptachsen zu entlasten. Das gilt ebenso für den Ausbau von grenzüberschreitenden ÖPNV-Verbindungen wie etwa dem Schienenregionalverkehr. Außerdem muss sichergestellt werden, dass die Mitgliedsstaaten einheitliche Tarife, Qualitätsstandards, Taktfahrpläne und Vertriebssysteme organisieren können.

**Frage 3:**

**Im Moment unterscheiden sich die Fahrgastrechte für die verschiedenen Reisengruppen deutlich. Streben Sie eine europäische Vereinheitlichung an?**

**Antwort:**

In der Tat sind die Fahrgastrechte sehr unterschiedlich ausgestaltet. Besonders im Luft- und Bahnverkehr unterscheiden sich die Rechte teils erheblich. Teilweise mag dies wegen der unterschiedlichen Anforderungen berechtigt sein. Wo möglich sollte jedoch eine sinnvolle Harmonisierung stattfinden.

**Frage 4:**

**Die Buchung von internationalen Bahnreisen aus dem Ausland ist häufig sehr zeitaufwändig, umständlich und manchmal im gewünschten Umfang gar unmöglich (z. B. durchgehende Fahrkarte, Reservierungen). Welche Vorschläge hat Ihre Partei, um die Barrieren und Hindernisse abzubauen?**

**Antwort:**

Am 15. November 2018 hat das Europäische Parlament seinen Standpunkt für die neuen Bahnfahrgastrechte beschlossen. Vor allem durch Druck sozialdemokratischer Abgeordneter konnte ein sehr ambitioniertes Paket durchs Plenum gebracht werden. Es enthält bereits erheblich verbesserte Rechte, auch für internationale Bahnreisen (z.B. eine Stärkung der sogenannten durchgehenden Fahrkarten). Leider blockiert der Rat seit Mai 2018 eine Lösung. In der nächsten Legislaturperiode ist daher weiterer Druck auf die Mitgliedstaaten wichtig, um bei der notwendigen Reform der Fahrgastrechte endlich eine Einigung zu erreichen.

**Frage 5:**

**Noch immer gibt es unserer Meinung nach im internationalen Eisenbahnfernverkehr zwischen den einzelnen Nationalstaaten große Lücken. Durch welche Maßnahmen (sowohl infrastruktureller Art als auch bei den Angeboten) beabsichtigen Sie diese weiter zu schließen?**

**Antwort:**

Auf EU-Ebene will man hier schon seit Jahren eine Verbesserung erreichen. Zu oft scheitert eine Harmonisierung und ein Schließen von Infrastrukturlücken am fehlenden Willen der einzelnen Mitgliedstaaten. Auf Europäischer Ebene setzt sich die SPD dafür ein, dass mehr Mittel für die sogenannte Connecting Europe Facility bereitgestellt werden, um dadurch mehr finanzielle Anreize für einen schnelleren Ausbau der Transeuropäischen Transportnetzwerke geben zu können.

**Frage 6:**

**Welche Initiativen werden Sie ergreifen, um das barrierefreie Reisen mit Bahn, Bus und Flugzeug im internationalen Fernverkehr weiter zu vereinfachen?**

**Antwort:**

Die von einer sozialdemokratisch geführten Mehrheit verabschiedete Parlamentsposition zu den neuen Bahnfahrgastrechten setzt eine EU-weit einheitliche Anwendung der Fahrgastrechte durch. Außerdem wird die Barrierefreiheit im Vergleich zu heute erheblich verbessert. Menschen mit reduzierter Mobilität haben das Recht auf unentgeltliche Hilfe. Eine bisher nötige, vorherige Anmeldung der benötigten Hilfe entfällt für große Bahnhöfe ganz und die Frist für kleinere Bahnhöfe wird erheblich reduziert. Allerdings blockieren die Mitgliedstaaten im Rat bisher eine finale Einigung.